

## Wahlprüfsteine ADFC: Antworten der FDP

1. *Radentscheid: Was wird Ihre Partei dazu beitragen und welche Maßnahmen hinsichtlich Personal, Finanzen und Verwaltungsstruktur sieht Ihre Partei als geeignet an, um die Verwaltung zur planmäßigen Umsetzung des Ratsbeschlusses vom Juli 2020 zu befähigen?*

Die FDP-Fraktion hat der Beschlussvorlage im Juli 2020 nicht zugestimmt, weil er im Gegensatz zu dem eigentlich geplanten Bürgerentscheid nicht die ganze Stadtgesellschaft mitnimmt. Welche Kosten dieser Beschluss mit sich bringt, ist nicht bekannt. Dennoch wollen wir die Situation für den Radverkehr kontinuierlich verbessern. Wir setzen dabei aber auf evolutionäre, konkrete und belastbare Maßnahmen, die die Menschen Schritt für Schritt mitnehmen auf dem richtigen Weg.

2. *Wie stehen Sie / Ihre Partei zu dem Entwurf eines Veloroutennetzes, unterstützen sie ihn?*

Der Grundgedanke eines Veloroutennetzes ist richtig und begrüßenswert. Allerdings sind noch viele Fragen offen: Was sind die konkreten Anforderungen an Velorouten, sind diese umsetzbar und wenn ja, mit welchem Aufwand? Geht die Umsetzung zulasten anderer Verkehrsteilnehmer und mit welchen finanziellen Kosten ist zu rechnen? Ohne diese Informationen und eine detaillierte Bewertung der einzelnen Punkte wäre ein Beschluss nichts mehr als ein Symbol, von dem niemand weiß, was seine konkrete Umsetzung bedeuten würde.

3. *Wenn ja, in welcher Form werden Sie eine möglichst schnelle Umsetzung dieses Planes unterstützen?*

Wenn wir die oben genannten konkreten Details haben, können wir entscheiden, ob wir ihnen zustimmen können. Unter den aktuellen Vorzeichen ist unsere Unterstützung nicht möglich.

4. *Wo können Sie sich eine schnelle Umsetzung von „Geschützten Radfahrstreifen“ (Radverkehrsanlagen auf Fahrbahnniveau) unter Umwidmung von Flächen vorstellen?*

Die bauliche Trennung von Radwegen kann erheblich zur Sicherheit im Straßenverkehr beitragen. Hier sind wir – ist die Politik allerdings nicht Experte genug: Das ist die Aufgabe der Fachverwaltung. Sicher ist aber: Es muss richtig und konsequent umgesetzt werden, wenn sich geeignete Strecken finden. Provisorische, nicht akzeptierte Lösungen halten wir für kontraproduktiv im Sinne eines Miteinanders der Verkehrsteilnehmer.

5. *Welche weiteren Maßnahmen schlagen Sie vor, um Radfahrende und zu Fuß Gehende, besonders Kinder, Schüler\*innen und Senior\*innen im Verkehr und insbesondere an Kreuzungen wirksam zu schützen?*

Einerseits ist es nötig, besonders Kindern und Schüler\*innen durch Verkehrserziehung in den Schulen und Elternhäusern das nötige Wissen für sicheren Umgang mit Straßenverkehr an die Hand zu geben. Auf der anderen Seite dürfen wir aber nicht nur ausgerechnet von den Schwächsten erwarten, sich anzupassen. Wir brauchen klare Regeln an Kreuzungen und an neuralgischen Punkten Kontrollen durch die Polizei. Mittlerweile gibt uns die Technik auch einige Mittel an die Hand. Die Forschungskreuzung an der Hans-Sommer-Straße ist ein Beispiel für sinnvolle

Warnsysteme. Vor allem clevere Verkehrsführungen und sichere Ampelschaltungen könnten an vielen Punkten die Sicherheit zeitnah verbessern. Große Fahrzeuge wie LKW und Busse sollten außerdem mittelfristig über Abbiegeassistenten verfügen. Für die Busse in Braunschweig hat der Rat ein sukzessives Nachrüsten mit solchen Systemen beschlossen, dieses Vorhaben haben auch wir unterstützt.

6. *Wie stehen Sie zu dem Vorschlag, einen Schulradwegeplan für die Schulen des Sekundarbereichs zu erstellen?*

Das ist ein sinnvoller Gedanke, um stark frequentierte Wege und Risikobereiche besser zu sichern. Wir hoffen, dass dem Schulausschuss mittelfristig Details dazu vorgestellt werden.

7. *Sichere Schulwege und damit Verlagerung von Schülerverkehr auf das Fahrrad könnten u.a. durch folgende Maßnahmen erreicht werden: Temporäre Bannmeilen für KFZ (Elterntaxis) im Schulumfeld, stattdessen KFZ-Bring-und Abholzonen mindestens 250 m von der Schule entfernt. Nahe der Schule Bring-und Abholzonen für Fahrrad-Elterntaxis, mehr und sichere Fahrradparkmöglichkeiten durch Umwandlung von KFZ-Parkplätzen zu Fahrradabstellplätzen. Wie bewerten Sie diese Maßnahmen?*

Elterntaxis zu vermeiden, ist aus mehreren Gründen ein wichtiges Anliegen. Schon 2017 haben wir in einer Anfrage das Konzept der „Laufbusse“ ins Gespräch gebracht, bei dem Kinder an mehreren Punkten auf dem Schulweg von einer begleiteten Gruppe abgeholt werden, um sicher zu Fuß zur Schule zu kommen.

Auch die genannten Maßnahmen sind vorstellbar, allerdings muss jeder Einzelfall bewertet werden. Pauschale Vorgaben wie 250 Meter lehnen wir ab. Außerdem ist es wichtig, Aufklärung bei den Eltern zu der Situation vor den Schulen zu leisten.

8. *Wie kann Ihrer Meinung nach der Bedarf an verschiedenartigen Abstellanlagen überall im Stadtgebiet besser gedeckt werden?*

Die Antwort ist simpel: indem man neue baut. Vernünftige Fahrradständer an allen städtisch genutzten Gebäuden – Kindergärten, Schulen, Verwaltungsgebäuden, Feuerwehren müssen zum Standard werden. Besondere Fahrradformen sind dabei zu berücksichtigen: Lastenräder, Fahrräder mit Anhänger, Kinderräder etc. müssen genauso unterzubringen sein wie Standard-Fahrräder. Das wird zwar mehr Platz beanspruchen, aber diesen Schritt müssen wir bereit sein zu gehen, um Radverkehr attraktiver zu machen.

9. *Wäre Ihrer Ansicht nach ein eigener Etat für den Radverkehr sinnvoll, bspw. um die Festlegungen des Ratsbeschlusses umzusetzen oder Projekte für spontan erkannten Bedarf zu ermöglichen?*

Die Idee ist interessant, in der Praxis aber schwierig umzusetzen und vermutlich mit viel Bürokratie verbunden, denn man müsste wohl bei Bauprojekten die Radverkehrsanteile herausrechnen und über den eigenen Etat abrechnen. Außerdem fürchten wir, dass ein solcher Etat als politischer Kampfposten missbraucht würde und konsequenterweise dann auch andere Gruppen (z. B. Fußgänger) eigene Etats fordern würden, was zu noch mehr Bürokratie führen würde.

10. *Welche Ausgaben für den Radverkehr wären nach Meinung Ihrer Partei angemessen?*

Moderat steigende Ausgaben wären nicht nur angemessen, sondern notwendig: Da das Radwegenetz immer weiter ausgebaut wird, muss logischerweise auch das Budget für die Instandhaltung wachsen. Außerdem sind im Bereich Radverkehrsplanung vier neue Stellen entstanden: deren Arbeit muss durch ein angemessenes Budget unterfüttert werden. Für sinnvoller als fixe Budgets für Radverkehr halten wir es aber, wenn bei Baumaßnahmen ein stimmiges Gesamtkonzept erarbeitet und finanziert wird, das allen Verkehrsteilnehmern gerecht wird. Sollte eine für sicheren Radverkehr notwendige Maßnahme besondere finanzielle Mittel bedürfen, stehen wir dem offen gegenüber.